Mittwoch, 24. Juni 1925 • 73. Jahrgang Nr. 295

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Chefredakteur: Otto Rutsche, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Eisbeutelbrot .... 0,50 Reichsadler 136,1
Milch ..... 0,30 Straßenbahn ... 0,15
Briketts Keller Ztr. 1,57 Hochb Tlstr II 0,25, III 0,15
Gaskoks Keller Ztr. 2,29 ganze Str II. 0,30 III 0,20
Strom o. Grundgeb 0,16 Stadtbahn II 0,25, III 0,15
Gas 0,16, Wasser 0,17 Omnib Teil 0,15, g Str 0,20

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Gemüse und Obst ausreichend — Preise wenig verändert, Spargel teuer

Kopfsalat 0,10—0,15, Spinat 0,25 bis 0,30, Schoten 0,30—0,35, Bohnen 0,35—0,40, Kohlrabi Mandel 0,50 bis 0,60, Mohrrüben Bund 0,15—0,20, Blumenkohl 0,40—0,80, Rhabarber 0,20—0,25, Pferdefleisch 0,40—0,95, Stachelbeeren 0,25—0,30, Erdbeeren 0,80—1,50, Spargel 0,70—1,40, Kirschen 0,50—0,80, Gurken 0,40—0,60, Tomaten 0,50—0,70, Blaubeeren 0,50—0,60, Kartoffeln 10 Pfund 0,40—0,45, Zwiebeln 0,15—0,20 das Pfund

Tel. 0,15, ausw. a. Zon. u. Zeit Telegr. d. Wort Berlin 0,05
Rohrpostk. 0,35, brief 0,40 Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit.,
Postk 0,03, F u Oest. 0,05 Ndrl., Schweiz 0,10, Frankr. 0,16
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung 0,10 Dtschösterr., Norw., Tschech. 17
Brief 0,05, Fern. u. Oest 0,10 Ital. 19, Ungarn 21, Grossbrit. 27
Ausl 0,25, Tschech u. Ung 0,20 Russl 35-41, Ver Staat 125-295

Die beschleunigte Ruhrräumung

Am 17. August soll kein französischer Soldat mehr im Ruhrgebiet sein – Auch die Sanktionsgebiete werden frei

Paris, 24. Juni. (W. T. B.)

Der „Oeuvre" schreibt zu dem gestrigen Beschluß des Ministeriums, die militärische Räumung des Ruhrgebiets, die am 17. August zu erfolgen hat, bereits vorzubereiten, folgendes: Die Operationen werden sofort beginnen. Sie werden vor dem 17. August zu Ende geführt sein. An diesem Tage wird auch der letzte Mann unserer Soldaten, deren Zahl vom Staate herabgesetzt wurde, das rheinisch-westfälische Becken verlassen haben. Es werden auch die als Sanktionsgebiete zu betrachtenden Städte Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort geräumt werden, obwohl für sie ein anderes Regime hätte in Anspruch genommen werden können, und obwohl man sie mit der Besetzungszone von Köln hätte verbinden können, statt mit dem Bezirk von Essen.

„Die Kammer verurteilt mit Entrüstung die Aufreizungen, die das Leben unserer Soldaten, das Zivilisationswerk und den französischen Friedenswillen gefährden; sie nimmt den Entschluß der Regierung zur Kenntnis, die Verhandlungen mit Spanien einer Lösung entgegenzuführen, welchedie Achtung vor den internationalen Verträgen in der freien Entwicklung der Rifbevölkerung in sich vereint, und auf diese Weise friedliche Nachbarschaft mit Frankreich sichert."

Dieser Text wurde von Painlevé akzeptiert. Nachdem der Ministerpräsident die Vertrauensfrage gestellt hatte, erhielt die Tagesordnung der Kartellparteien die Priorität vor der kommunistischen Tagesordnung mit 510 gegen 30 Stimmen.

Compère-Morel und etwa 40 Sozialisten hatten sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Mißtrauen eines Teiles der Sozialisten besteht also weiter. Es wird bedrohlich stärker werden, wenn der Krieg in Marokko nicht bald sein Ende erreicht.

510 gegen 30 Stimmen für Painlevé

Die Kompromißtagesordnung der Linken — Etwa 40 sozialistische Stimmenthaltungen

Paris, 24. Juni.

Die Abstimmung der Kammer war erst gegen 2 Uhr morgens zu Ende. Als um Mitternacht die Deputierten des Linkskartells eine Sitzungspause verlangten, um über die Tagesordnung zu beraten, stand es bereits fest, daß Painlevé eine sehr starke Mehrheit für seine Marokkopolitik erhalten würde. Es war nur noch nicht ganz sicher, wie die Mehrheit aussehen sollte. Die Beratung der Kartellparteien dauerte beinahe eine Stunde und war nicht leicht. Die Diskussion war oft ziemlich erregt. Es kam darauf an, die Sozialisten zu gewinnen, an die Painlevé seinen beweglichen Appell gerichtet hatte, und ohne die er die Mehrheit nicht wollte. Aber so stark die nationalen Ueberlegungen mitsprachen; ein Teil der Sozialisten unter der Führung Compère Morels war nicht dazu zu bewegen, die Fortsetzung des Krieges durch ihr Votum zu decken. Schließlich schlug der Diplomat der Partei, Léon Blum, einen Zusatz zur Tagesordnung vor, in dem zum Ausdruck kam, daß die Regierung die freie Entwicklung der Rifbevölkerung nicht behindern wolle. **Diese wohlklingende, aber ziemlich bedeutungslose Formel ermöglichte die Einigung.** Die Tagesordnung wurde nun von Léon Blum (Sozialist), Cazals (Radikalsozialist, Candace (sozialistischer Republikaner) und Paul Morel radikale Linke) unterzeichnet. Sie erhält den endgültigen Wortlaut:

Die verhinderte Sintflut

Was der französischen Kammer beinahe passiert wäre

Paris, 24. Juni.

Erst heute früh wurde bekannt, daß gestern die Kammer noch von einer anderen Gefahr bedroht worden ist als von einer Spaltung der Mehrheit. Es hätte leicht geschehen können, daß der Sitzungssaal plötzlich durch einen Wassersturz überflutet worden wäre, der die erbitzten Leidenschaften wahrscheinlich stark abgekühlt hätte. An der Wand hinter dem Stuhl des Präsidenten befinden sich drei Druckknöpfe, die gewöhnlich von den alten Generalsekretär Pierre überwacht werden. Ueber dem dem ersten Knopf steht die Anweisung: „Unterbrechung der Sitzung"; der zweite hat die Inschrift „Alarm"; auf dem dritten ist mit roten Buchstaben **„Feuer"** geschrieben.

Als der Angriff des Oberst Picot gegen den Kommunisten Doriot erfolgte und der Präsident die Sitzung unterbrach sollte der erste Knopf gedrückt werden, der in den Wandelgängen das schrille Klingeln auslöst, das in den letzten Monaten bereits zu einer ziemlich bekannten „Kammermusik" geworden ist. Der alte Pierre war nicht da, und sein Vertreter war nervös geworden, als er sah, wie die Kommunisten und die Nationalisten sich verprügelten. **Er hatte schon den Finger auf den dritten Knopf gelegt und wurde nur im letzten Augenblick von einem anderen Sekretär verhindert, das Signal zu geben; sonst wären durch die Regenvorrichtung zehntausend Liter Wasser auf den Sitzungssaal losgelassen worden.** So kam nur das Signal „Alarm" in Tätigkeit, und diese Ueberraschung hatte keine ernsteren Folgen.

Der Entscheidungskampf um die Zölle

Die heutige Reichstagssitzung — Die schwierige Lage der Reichsregierung

Bei der heute nachmittag 2½ Uhr im Reichstag beginnenden ersten Lesung der Zollvorlage ist mit Ueberraschungen vorläufig nicht zu rechnen. Ob Reichskanzler Dr Luther selbst das Wort ergreifen wird, steht im Augenblick nicht fest. Voraussichtlich aber wird Reichswirtschaftsminister Neuhaus zur Begründung der Vorlage sprechen. Die Reichsregierung ist um die Mittagstunde außerordentlich betroffen gewesen, als ihr mitgeteilt wurde, daß der demokratische Antrag auf Ablehnung der Bier- und Tabaksteuer im Steuerausschuß eine Mehrheit gefunden hat. Die Reichsregierung ist vor allem deshalb wegen dieses Vorganges in eine außerordentlich schwierige Lage versetzt, weil die **Wirtschaftspartei bei der Abstimmung im Ausschuß den Ausschlag gegeben hat und damit in dieser Frage sich von der Regierungskoalition losgelöst hatte.**

Eine Niederlage Schliebens

Die Bier- und Tabaksteuer im Ausschuß abgelehnt

Der Steuerausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit der Vorlage über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. In der Fortsetzung der allgemeinen Aussprache wandte sich Abg. Hertz (Soz.) in Anlehnung an einen vorliegenden sozialdemokratisch-demokratischen Antrag der die Ablehnung der Bier- und Tabaksteuer wünscht, gegen diese geplante Erhöhung, nicht grundsätzlich, sondern weil der vorliegende Gesetzentwurf den erforderlichen sozialen Takt vermissen lasse.

Staatssekretär Popitz führte aus, wenn Deutschland Reparationszahlungen leisten müsse, brauche es auch Einnahmen aus Verbrauchssteuern.

Abg Höllein (Komm.) betont, daß die Kommunisten grundsätzlich keine Steuern bewilligen, die die Massen belasten. Die sogenannte „nationale Regierung", die sich auf die Parteien stütze, die sich immer gegen die Erfüllungspolitik ausgesprochen hätten, treibe jetzt eine Finanzpolitik der Massenbelastung, um den Reparationsverpflichtungen nachzukommen.

Abg. Fischer-Köln (Dem.): Da ohnehin schon ein unerhörter Steuerdruck vorliege und ferner auch wegen außenpolitischer Fragen dürfe in diesem Augenblick eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer nicht beschlossen werden.

Finanzminister v. Schlieben erklärt sich zu Konzessionen bereit. Die Finanzlage ist gegenwärtig so, daß ich auf diese Steuererhöhung grundsätzlich nicht verzichten kann.

Nach weiterer Debatte wurde der Antrag Fischer (Dem.) und Hertz (Soz.) auf Ablehnung der fraglichen Regierungsvorlage mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten, Völkischen und Wirtschaftspartei gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Der Ausschuß vertagte sich dann auf Donnerstag.

Eine merkwürdige Haftentlassung. Vor einigen Wochen wurde ein Russe Drushelowski, der, ähnlich wie vor einigen Jahren Auspad, systematisch politische Dokumente fälschte, in Berlin verhaftet. Er stellte vor allem Material gegen Sowjetrußland zusammen. Bei seiner Verhaftung fand man zahlreiche gefälschte Urkunden, Stempel, Klischees usw. Drushelowski ist jetzt, wie der „Vossischen Zeitung" mitgeteilt wird, aus der Haft entlassen worden.

Regierungsdirektor Windisch,
der neue Leiter der Politischen Polizei in Berlin.

Schnelldienst

Die Dresdener politische Polizei hat ein kommunistisches Waffenlager entdeckt und beschlagnahmt, das zur Ausrüstung der „militärischen Untergruppen" der Kommunistischen Partei Deutschlands bestimmt war.

Die zum Mannesmann-Konzern gehörige Spateisensteingrube Gilberg in Eisenfeld (Sieg) wird am 1. Juli stillgelegt.

Der italienische Finanzpolitiker Alberti ist in Washington angekommen, um die Untersuchung über die Konsolidierung der italienischen Kriegsschulden an Amerika zu eröffnen.

Eine der ersten Handlungen der neuen Arbeiterregierung in Neu-Süd-Wales wird die Einbringung einer Vorlage über Abschaffung der Todesstrafe sein.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veranstaltet am kommenden Sonntag im Kölner Opernhaus im Rahmen einer reichsdeutschen Verbandstagung eine Kundgebung für Rheinland und Deutschtum.

Falsche Perlen

Die „Achillesferse des Liberalismus" — Plattheiten-Sammlung eines Volksparteilers

Es geht nichts über die politische Weisheit eines typischen „Nationalliberalen". (Der neuerdings beliebte Name „Volksparteiler" ist irreführend.) Man sollte es nicht für möglich halten, was von ihnen manchmal heute noch verzapft wird.

Der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Morath hat einen Artikel nicht nur geschrieben, sondern unglücklicherweise auch noch veröffentlicht, der eine wahre Musterkollektion von Plattheiten darstellt. Schon die Ueberschrift: „Soll man noch von Liberalismus reden?" ist erschreckend viel- und nichtssagend. Was heißt „man"? Ob jemand vom Liberalismus redet oder nicht, ist gleichgültig: er ist da, wie er immer da war, denn er ist kein Parteigebilde, sondern eine Idee. Nur Herr Morath sollte nicht davon reden, denn von der liberalen, zu deutsch: freiheitlichen Idee verspürt er kaum einen Hauch. Für ihn ist Liberalismus hauptsächlich „Individualismus", Persönlichkeitskultus, ein Dogma. Wie er überhaupt alle politischen Erscheinungen dogmatisiert und schematisiert.

Moraths Artikel geht aus oder kommt zurück auf die kürzliche Gründung einer „Liberalen Vereinigung", die ihm sicherlich sympathisch ist, die er aber als volksparteiliche Konkurrenz und Gefahr empfindet. Und dabei „schürft" er „tiefer", so tief, daß der Fachmann staunt und der Laie sich wundert. Er charakterisiert andere Parteien. Wie „treffend", das geht gleich aus dem Satz über die Konservativen hervor: „Oben an steht für den Konservativen die Gesamtheit, der Einzelne ist ihm gleichgültiger." Und der Staat habe für ihn geradezu metaphysischen Wert. Wir haben bisher immer gedacht, für den Konservativen stünde die Gesamtheit, das „Volk", unten an! Er allein schwebt mit seiner „geborenen" Kaste als berufene Herrschaftsschicht oben, der sich das Volk blind zu unterwerfen hat. Sein Staat, den er beherrscht, hat für ihn allein Wert, und den metaphysischen, anbetungswürdigen Wert soll das „Volk" in ihm erblicken. Alle Anzeichen deuten auch darauf hin, daß diese letztere Auffassung heute wie ehemals zutrifft, und daß Herr Morath sich gewaltig irrt.

Noch viel schlimmer ist aber seine Charakterisierung der Demokraten: „Der Demokrat setzt sich bewußt über die Ungleichheit der Menschen hinweg ... Sein Idol ist der Mehrheitsbeschluß. Er verschließt die Augen vor den überall deutlich sichtbaren Ungleichheiten der Menschen." Empfindet Herr Morath, was er eigentlich damit ausspricht? In seinem Interesse muß man sagen: hoffentlich nicht! Denn sehende und denkende Menschen, die so töricht handelten, wie Herr Morath hier von den Demokraten annimmt, wären Idioten. Die wunderbare Mannigfaltigkeit aller Geschöpfe der Natur, zu denen auch die Menschen gehören, die unendliche Verschiedenartigkeit der geistigen und körperlichen Temperamente und Begabung soll von den Demokraten bewußt geleugnet werden? Das ist kein Mißverstehen mehr, das ist katastrophale Ignoranz. Da wird das ABC des demokratischen Gedankens nicht mehr begriffen: Nicht Gleichheit aller Menschen — die es nicht gibt —, sondern Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor Gesetz und Verwaltung, Beseitigung des empörenden Unrechts, daß „geborene" Privilegierte über die große Masse „gewöhnlicher Untertanen" diktatorisch herrschen. Demokratie ist nicht Volksherrschaft schlechthin — denn das ganze Volk kann technisch gar nicht regieren —, sondern Auswahl der Tüchtigsten zur Regierung, Ersatz des blind zufälligen Erbrechts durch das Auswahlrecht. Natürlich sind auch dabei menschliche Irrtümer möglich, aber sie sind korrigierbar; das Prinzip des Erbrechts dagegen liefert die Völker einem launischen oder gar geisteskranken Herrscher lebenslänglich aus. Und deshalb umschließt der wahre demokratische Gedanke das höhere Menschenrecht. Nur konservative Interessenten, die selbstverständlich alles Demokratische schlecht finden, weil es die Krallen ihres eigensüchtigen Machtegoismus beschneidet, und bezirksvereinliche Schleppenträger der nationalen Phrase, wie Herr Morath, können das leugnen.

Und gegen sein selbst zurechtgemachtes Zerrbild der Demokratie läßt Morath den „liberalen Individualismus" sich „empören"! Da reiht sich eine falsche Perle an die

andere. Demokraten setzt er mit „Marxisten" gleich, obwohl er ganz offensichtlich beide Erscheinungen in ihrem Kernpunkt nicht erfaßt hat und nur oberflächlichsten Schlagworten folgt. Aber selbst aus Liberalismus und Individualismus mixt er eine reichlich unklare Brühe, auf der zum Schluß plötzlich der etwas verblüffende Brocken schwimmt: Die Achillesferse des Liberalismus sei der schrankenlose Individualismus.

Ach nein, Herr Morath: der Liberalismus, der wahre und reine, hat gar keine Achillesferse. Aber nennen wir das Ding mal beim richtigen Namen: Ihr zurechtgemachter „Liberalismus", d. h. der der nationalliberalen Volksparteiler, hat eine ganz andere Achillesferse. Bei ihm hat sich das wahrhaft Liberale längst verflüchtigt, und übriggeblieben ist der krasse Individualismus, die wirtschaftliche Zchsucht der Konzerne und Verbände, deren Dogma schrankenlose Freiheit für sich in der Ausbeutung der unfreien Volksmassen bedeutet. Dieser „Liberalismus" ist eine Rattenfängerflöte, die politische Kinder anlocken soll.

Die wahre „Libertas", zu deutsch Freiheit, ist links von „Nationalliberalen" und „Volksparteilern" zu Hause, fortgebildet und umschlossen von der Idee der sozialgerichteten Demokratie — und die hat keine Achillesferse. **O. Gr.**

Der preußische Regierungskuhhandel

Ein kommunistischer Protest im Landtag

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung erhält das Wort zur Geschäftsordnung der Abg. Pieck (Komm.). Er führt aus: In der Presse erscheinen fast täglich Meldungen über eine beabsichtigte Umbildung der preußischen Regierung. Kuhhändler ist die Zentrumspartei, die die Regierung an die monarchistischen Parteien verschachern will. In Oldenburg ist ja auch das Experiment bereits gelungen. Wir protestieren gegen diesen Kuhhandel hinter verschlossenen Türen und verlangen, daß der Gegenstand hier im Plenum öffentlich behandelt wird. Der Redner verliest dann eine Reihe von kommunistischen Mindestforderungen und verlangt, daß diese Mindestforderungen von der neu zu bildenden preußischen Regierung erfüllt werden. Die Forderung, den kommunistischen Antrag sofort zur Besprechung zu bringen, scheitert, da Widerspruch erhoben wird.

Der Antrag wird der Ausschußberatung überwiesen.

Der Antrag der Sozialdemokraten auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe an die Beamten der unteren Besoldungsgruppen in Höhe von 100 Mark, wird mit knapper Mehrheit gegen die Stimmen der Linksparteien, denen sich einige Zentrumsmitglieder anschließen, dem Hauptausschuß überwiesen.

Das neue Aufwertungskompromiß

Ein Sondergeld für die Auslosungsgläubiger — 25 M.-Abschnitte

Im Aufwertungs-Ausschuß des Reichstags gab vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Hergt (Dnat.) die Ergebnisse der neuen Kompromißverhandlungen zwischen den Regierungsparteien bezüglich der Ablösung öffentlicher Anleihen bekannt. Danach soll zur Beschaffung der für die Einlösung der Auslosungsrechte erforderlichen Mittel jährlich ein gleicher Betrag einem Tilgungsfonds zugeführt werden. Die dem Tilgungsfonds zuzuführenden Beträge sollen so bemessen werden, daß sie unter Hinzurechnung der bei einem Zinssatz von 6 v. H. zu erzielenden Zinseinnahmen die Gesamtkosten der Tilgung decken. Die Mittel für die Wohlfahrtsrente dürfen den jährlichen Betrag von 5 Millionen Reichsmark nicht übersteigen.

Zur Verstärkung des Dienstes der Anleiheablösungsschuld soll ein besonderer Fonds (Anleihefonds) gebildet werden.

Der Anleihefonds soll verwendet werden zunächst für die Einlösung der Auslosungsrechte. **Der Gläubiger eines Auslosungsrechts kann bei dessen Einlösung neben der Zahlung des Nennbetrages die Gewährung eines Sondergeldes verlangen.** Das Sondergeld besteht aus einer festen Summe, die gleich dem anderthalbfachen Nennbetrage des Auslosungsrechtes ist, auf Grund dessen das Sondergeld gewährt wird, und aus einem Zuschlage. Der Zuschlag ist 11¼ Prozent des Nennbetrages des Auslosungsrechts, vervielfacht mit der Zahl der Jahre, die von dem 1. Januar 1926 bis zum Ende des Kalenderjahres verstrichen sind, in welchem das Auslosungsrecht gezogen wird. Weiter hätten die Kompromißverhandlungen zu der Vereinbarung geführt, daß der **kleinste Abschnitt der Anleiheablösungsschuld** nicht auf 50 Reichsmark, sondern **auf 25 Reichsmark** lauten soll. Diese weitere Stückelung der Anleihen würde auch den kleinen Besitzstand des einzelnen Anleihegläubigers seiner Höhe nach umtauschfähig gestalten.

Der Kampf um die Grundschule

Riesenversammlung im Großen Schauspielhaus — Die gesamte preußische Volksschullehrerschaft für die Grundschule — Ein Bekenntnis von 4000 Eltern

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung für die Grundschule hatten gestern abend der Deutsche Lehrerverein, der Preußische Lehrerverein und der Lehrerverband Berlin in das Große Schauspielhaus eingeladen. Der Riesenraum war fast völlig mit Menschen angefüllt. Der erste Vorsitzende des Lehrerverbandes Berlin, Tschentscher, eröffnete die Versammlung, indem er darauf hinwies, daß es jetzt gelte, mit aller Energie für die Grundschule einzutreten. Die Versammlung stehe im Gegensatz zu der merkwürdigen Versammlung im Reichswirtschaftsrat, die vor einiger Zeit von einem kleinen Kreis Unverständiger einberufen worden war, und in der 500 Menschen versuchten, gegen die Grundschule Sturm zu laufen.

Dann sprach der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Georg Wolff, zu dem Thema „Der Kampf um die Grundschule".

Wolff wies auf den tiefen Sinn des Artikels 146 der Reichsverfassung hin, der sich zu der Idee der Einheitsschule bekennt und der besagt, die Schulglieder sollen fortan organisch aneinander gefügte Teile eines geschlossenen Baues sein, die auch durch das gleiche Erziehungsideal verbunden sind. Als im Jahre 1919 die Nationalversammlung diesen Verfassungsartikel beschloß, da standen auch der deutschnationale Abgeordnete Dr. Mumm und der Volksparteiler Dr. Kunkel auf dem Boden der Einheitsschule und traten für sie ein. Jetzt seien sie aus politischen Gründen die ärgsten Gegner.

Die Grundschule, sagte der Redner, diene einer hohen sozialen und pädagogischen Idee. Sie wolle durch die Vereinigung und die gemeinsame Arbeit der Kinder verschiedenster Elternhäuser in den Kindern eine Gemeinschaftsgesinnung erzeugen, die Voraussetzung der staatsbürgerlichen Gesinnung sei.

Sie wolle, im Gegensatz zur stofflich eingestellten und einseitig den Intellekt entwickelnden Vorschule, die Bildung des ganzen Menschen, aller seiner Anlagen und Kräfte und nicht, wie die Vorschule, die Trainierung der Denktechnik, die Erreichung der intellektuellen Sextareife.

Der Redner wendete sich dann gegen die Feinde der Grundschule und fragt, wer denn diejenigen seien, die das Grundschulgesetz sabotieren und es jetzt bekämpfen: lediglich Angehörige des wohlhabenden Bürgerstandes, niemals des Arbeiter- und des mittleren Bürgerstandes. Er wies auf die ungeheuerliche Schädigung der Kinder hin, die in Privatschulen, von völlig unzulänglichen Lehrkräften und unter sehr viel schlechteren Bedingungen unterrichtet würden. Die Eltern, die so an ihren Kindern handeln, seien keine pädagogischen Gegner der Grundschule, sondern sie denken einfach asozial. Mit der Agitation gegen die Grundschule, die, wie das die Versammlung im Reichswirtschaftsrat zeigte, beschämende Formen angenommen habe, hätten die Gegner gezeigt, daß sie sehr wenig von der Würde des deutschen Volkes in sich tragen, von der sie mit großen Worten reden.

Es sei falsch, von einer allgemeinen Schulzeitverlängerung zu sprechen, für die Mädchen treffe das nach Verkürzung des Lyzeums von 7 auf 6 Jahre überhaupt nicht zu, für Knaben nur dort, wo Vorschulen bestanden. Die Mehrheit der Schüler höherer Lehranstalten sei auch früher erst nach vierjährigem Volksschulbesuch übergetreten.

Die Frage dürfe nicht formuliert werden: 12 oder 13 Jahre, sondern wie können wirklich hervorragende Schüler diesen Weg auch jetzt in 12 Jahren zurücklegen?

In Oesterreich hätten die höheren Schulen nur acht Schuljahre und in Preußen würden die österreichischen Zeugnisse voll anerkannt. Warum **müsse in Deutschland die höhere Schule unbedingt 9 Jahre haben?** Die gewaltige Mehrheit der Eltern wolle die Grundschule und bekenne sich zu ihrer sozialen und pädagogischen Idee. Sie dulde nicht, daß eine winzige Gruppe um ihrer Sondervorteile willen die Grundschule dauernd beunruhige und dadurch ihre Arbeit schädige. Vor allem müsse aber auch bedacht werden, daß den hochbegabten Volksschülern auch der Weg in die höheren Schulen offen stehen müsse, nicht nur den Kindern der Wohlhabenden.

Der nächste Redner Rektor Stolle (Magdeburg) betonte die Gefahren der Angriffe auf die Grundschule. Es sei keineswegs die beste Lösung, die Begabten aus der Masse der Schüler herauszunehmen, denn gerade die Begabten seien das einzig mögliche Vorbild für die gleichstrebigen, minderbegabten Klassengenossen. Er wies dann auf die Veränderungen hin, denen die Kinder in intellektueller Beziehung unterworfen sind. Nicht alle von denen, die anfangs hochbegabt schienen, halten durch, und viele, die zunächst unbegabt erscheinen, entwickeln sich zu vortrefflichen Schülern.

Die gesamte preußische Volkslehrerschaft stehe geschlossen hinter dem Ministerium und trete unterschiedslos für die Grundschule ein.

Nach einer kurzen Debatte, in der die Schreier aus der Versammlung im Reichswirtschaftsrat ihre taktlosen und hohlen Argumente nicht vorzubringen wagten, wurde im Sinne der Referate eine Entschließung angenommen.

Der nicht geführte Mordbeweis

Das Urteil im mecklenburgischen Tschekaprozeß

Leipzig, 24. Juni.

Im Mordprozeß Jonas (Mecklenburgische Tschekа) wurde heute vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik das Urteil gesprochen. Es lautete gegen Zeutschel auf acht Jahre Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe und Winkel drei Jahre Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe, gegen Warnke auf 2½ Jahre Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, gegen Schmidt 2½ Jahre Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe. Bei sämtlichen Angeklagten sind die Geldstrafen und ein Monate bzw. ein Jahr der Freiheitsstrafe durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Höppner, stellte fest, daß der Mord nach dem Verhandlungsergebnis unzweifelhaft ein politischer Mord sei der der Kommunistischen Partei zur Last falle. Den Mord habe in überlegter und hinterlistigster Weise Walter ausgeführt. Daß der Angeklagte Zeutschel mit diesem Walter identisch sei, sei höchst wahrscheinlich. Sein Alibibeweis sei nicht geglückt. Trotzdem habe sich das Gericht von seiner Täterschaft nicht so überzeugen können, daß jeder Irrtum ausgeschlossen sei. Infolgedessen sei das Gericht in diesem Punkte nicht zu einem Schuldig gekommen. Schwer zu bestrafen sei Zeutschel aber wegen des Planes, die Denkmalseinweihung in Potsdam zu einem Bombenattentat zu benutzen.

Der Besitzer des Mordautos

Nachlese zum Rathenaumord

Der Rathenau-Mord am 24. Juni 1922 soll nunmehr am Donnerstag, 25. Juni, vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik sein Schlußkapitel erleben. Nachdem die Mörder Kern und Fischer sich auf der Burg Saaleck selbst den Tod gegeben hatten, nachdem ihre Helfer in dem großen Prozeß vor dem Staatsgerichtshof im Oktober 1922 abgeurteilt worden waren, blieben noch die Akten gegen zwei Beteiligte offen, die damals flüchtig geworden waren, den Oberleutnant zur See a. D. Günther Brandt aus Kiel, zur Zeit des Mordes Student in Jena, und den Fabrikbesitzer Johannes Küchenmeister aus Freiberg in Sachsen. Brandt war nach dem Ausland entkommen, später aber nach München gegangen, wo er unter falschem Namen weiter studierte. Auf eine Anzeige hin konnte er dort verhaftet werden. Küchenmeister, der sich in Oesterreich aufgehalten hatte, ist, nachdem ihm der Staatsgerichtshof durch Beschluß vom 17. November 1924 freies Geleit gewährt hatte, nach Deutschland zurückgekehrt.

Interessant sind die Aussagen Tillessens im ersten Rathenau-Prozeß. Dieser hatte ausgeführt, Brandt habe ihm erklärt: **„Kern hat ein Attentat auf Rathenau vor,"** Brandt habe weiter angegeben, es sei ihm besonders unangenehm, weil er ein Auto besorgen sollte. Ursprünglich sollte das Auto zu einem anderen Zweck benutzt werden. Kern wollte es aber zu dem Attentat verwenden. Brandt fuhr mit Ernst-Werner Techow nach Dresden und Freiberg und besorgte dort von Küchenmeister das Auto, das nachher für den Mord benutzt wurde. In dem ersten Urteil wurde die Beschlagnahme des Autos noch nicht ausgesprochen, da nach der Ausführung des Oberreichsanwalts noch nicht feststand, daß Küchenmeister von dem Mordplan etwas gewußt habe. Die Anklage, die Staatsanwaltschaftsrat Rückert vertritt, lautet auf Verbrechen und Vergehen gegen die §§ 211, 49, 74 des Strafgesetzbuches und gegen die Verordnung über den Waffenbesitz vom 13. Januar 1919. **Bei Küchenmeister wurde in Freiberg nach den Aussagen des Kriminalkommissars Schleinitz (Dresden) im ersten Rathenau-Prozeß auch ein geheimes Waffen- und Munitionslager entdeckt.** Den Vorsitz führt Reichsgerichtsrat Lorenz. Dreizehn Zeugen sind geladen, darunter fünf Angeklagte aus dem ersten Rathenau-Prozeß, nämlich Ernst Werner Techow, Tillessen, Plaß und Salomon und Steinbeck, ferner Korvettenkapitän Abendroth.

Die künstlerische Bilanz der Staatsoper

So wenig im allgemeinen Statistik und Kunst verbunden zu sein pflegen, so interessant ist doch ein Rückblick auf die abgelaufene Spielzeit der Staatsoper, wenn er sich zahlenmäßig fassen läßt. Nach den jetzt veröffentlichten Mitteilungen unserer Intendanz erzielte Puccini mit 85 Aufführungen seiner Werke den ersten Platz, ihm folgt Wagner mit 80 und Verdi mit 70 Aufführungen. Diese Zahlen fassen nun allerdings sowohl die Aufführungen der Oper Unter den Linden wie der Oper am Königsplatz zusammen; da nun das letztgenannte Haus in erster Linie auf den „Konsum" mit seinem Spielplan eingestellt ist, während die alte Oper daneben auch noch musikalisch-repräsentativen Zwecken dient, so wäre es interessant, wenn jene Zahlenangabe auch noch geteilt nach beiden Häusern bekannt gegeben würde. Dann erst könnte man erkennen, wer der Komponist ist, der einen günstigen Kassenrapport zu veranlassen weiß.

Daß Puccini an erster Stelle steht und den Bayreuther Meister mit fünf Aufführungen schlägt, mag mit dem Tode des Komponisten zusammenhängen, der das Interesse vielleicht noch etwas gesteigert hat. Immerhin enthält das Dreigestirn Puccini-Wagner-Verdi so viel Gegensätzliches, daß man diese Bevorzugung wohl nicht eigentlich auf musikalische Momente zurückführen kann. Ausschlaggebend wird wohl das theatralische Element für das starke Verlangen nach den Werken sein.

In weitem Abstande folgen Richard Strauß mit 50 Aufführungen, und nach ihm noch Mozart mit nur 40. Diesen letzteren Komponisten vernachlässigt man eigentlich etwas in der Staatsoper. Nicht eines seiner Werke findet sich unter den sieben Neueinstudierungen der letzten Spielzeit. Wohl aber hat man sich wieder einmal des „Freischütz", des „Zar und Zimmermann", und aus Anlaß der Cornelius-Gedenkfeier seines „Barbier von Bagdad" erinnert, sowie von Verdi „Aida" und „Traviata" neu einstudiert, neben Kienzls „Evangelimann" und des verstorbenen Busoni grotesktem „Arlecchino".

Eine Erweiterung erfuhr der Spielplan durch die Aufnahme des „Intermezzo" von Richard Strauß, der „Rose vom Liebesgarten" von Pfitzner und des „Fernen Klang" von Schreker. Daneben kamen Vertreter der jüngsten Richtung in gleicher Anzahl zu Gehör. So Krenek mit seiner „Zwingburg", Wellesz mit den „Nächtlichen" und Strawinsky mit seinen Einaktern. Bei einer Spielzeit von zehn Monaten sind das nicht eben viel neue Werke, und es wäre zu hoffen, daß ein Haus wie die Staatsoper, sich energischer für die Erweiterung des Spielplanes einsetzte; denn das Haus am Königsplatz entlastet ja in einem gewissen Sinne die Arbeit des alten Opernhauses, so daß Zeit genug bleiben müßte, sich im Stammhaus solchen Aufgaben zu widmen, deren Lösung nur dazu angetan sein kann, das Ansehen des Institutes zu heben. Man hat sogar die Novität „Wozzek" von Alban Berg, deren Aufführung für dies Jahr in Aussicht genommen war, wieder absetzen müssen, und wird sie nun als erstes neues Werk in der kommenden Saison herausbringen. Auf etwa 600 Aufführungen sind sechs Erstaufführungen und sieben Neueinstudierungen, insgesamt also Vorbereitungen für 13 Abende keineswegs eine überraschend bedeutende Leistung, selbst wenn man bedenkt, daß die einstudierten neuen Werke enorme Schwierigkeiten in sich tragen und der Doppelbetrieb natürlich auch an alle Kräfte, einschließlich Chor und Orchester, hohe Anforderungen stellt. **Lothar Band.**

Die Scheidung wegen Temperamentunterschiedes.

Vor dem Scheidungsrichter in Boston erschien Mrs. Murray und erklärte, daß ihr Temperament gegenüber dem ihres Mannes zu heiß wäre, als daß sie länger miteinander leben könnten. Natürlich, wenn der eine vom Leben 17 Grad Réaumur verlangt, der andere aber 25, so müssen sie entweder sich auf der Mitte einigen oder bei einem anderen die passende Temperatur suchen. Da Mrs. Murray aber nicht mehr ganz jung war, hätte man eigentlich annehmen können, daß die Fieberkurve ihrer Liebe nicht mehr ganz so hoch steht wie zu den Zeiten, als Mr. Murray sie heiratete. Aber es scheint, daß sich eher die Sterne abkühlen als das Gefühl einer Frau, die sich durchaus scheiden lassen will.

„Kunst und Reise", eine neue Zeitschrift, soll dem Zweck einer geistigen und kulturellen Annäherung zwischen den einzelnen Ländern dienen. So sollen im Laufe unseres jetzigen Jahrganges die folgenden Länder behandelt werden: Deutschland, Italien, Sizilien, Spanien, Skandinavien, Aegypten, Schweiz usw. Die Zeitschrift will dem gebildeten Reisenden eine Vorbereitung für seine Reise bieten, die sich nicht nur mit den Tatsachen der Reise und sonstigen Reiseauskünften befaßt, sondern vor allen Dingen den Reisenden in das Wesen eines jeden Landes, des betreffenden Volkes, dessen Literatur, Kunst und überhaupt des gesamten Komplexes des geistigen Lebens einführt. Ein vorbildliches und reiches Bildermaterial wird in jeder Nummer das Gesagte aufs reichste illustrieren, um bei dem Reisenden einen möglichst lebhaften und anschaulichen Eindruck von dem betreffenden Lande hervorzurufen.

Naturdruck und Bildform

Die Arbeitsgemeinschaft Berliner Kunst 1925 hatte auf dem ersten ihrer geselligen Abende, die sie in ihrer Ausstellung im Deutschen Opernhaus gemeinsam mit dem Sophie-Charlotte-Klub unter dem Titel „Geist von Lützenburg (lies: Schlorrendorf)" veranstalten wird, Professor Hans Mackowsky zu einem kunstästhetischen Vortrag über obengenanntes Thema eingeladen. Der bekannte Kunstgelehrte versuchte es, seinen mehr aus Laien bestehenden Zuhörern das Wesen des gemalten Bildes und besonders den im Künstler waltenden Schaffensdrang verständlich zu machen. Feuerbach, Böcklin und Marées sind seine großen Vorbilder; aber wenn der Vortragende von den Organisierungsprinzipien sprach, die in der Bildgestaltung dieser drei Künstler erkennbar werden, so betonte er doch ein mehr Aeußerliches, oder besser: er zeigte auf, wie stark die rein dekorativen Tendenzen in diesen Künstlern waren. Im Gegensatz hierzu steht der Impressionismus, der den Natureindruck unmittelbar in das Bild überträgt. Ausgehend von dem derben Liebermannschen Wort, daß eine gutgemalte Rübe ein ebensolches Kunstwerk sei wie eine gutgemalte Madonna, prägte Mackowsky den Satz, daß der Gegenstand an und für sich für den Künstler von ganz nebensächlicher Bedeutung sei, und daß derjenige, der ein geistig kompliziertes Motiv malt, durchaus nicht auf einer höheren Stufe steht. Und ein Kunstwerk ist da gegeben, wo die erregende, im Künstler wirkende Kraft parallel geht mit dem organischen Schaffen der Natur. — Das meisterliche Klavierspiel Professor Kurt Schuberts — Bach und Liszt — rahmte den Vortrag ein. **ec.**

Der Erksche Männergesangverein, der anläßlich seines 85jährigen Bestehens zu einem Festkonzert in die Philharmonie einlud, trug unter der Führung des Chormeisters Professor Max Stange Chöre älterer und lebender Berliner Komponisten vor. Weit eindrucksvoller als die älteren gestalteten sich die neueren Gesänge, namentlich die von Karl Kämpf, die der gutgeschulte Chor mit starker unmittelbarer Wirkung zu Gehör brachte. **a—l.**

Die Kammersängerin Marcella Roeseler, die jetzt von der Metropolitan Opera in New-York zurückgekehrt ist, wird anläßlich der 200. Vorstellung von „Anneliese von Dessau" ein auf mehrere Abende berechnetes Gastspiel am Berliner Theater absolvieren.

Wie Wohnungsämter arbeiten

Eine Familie auf die Straße gesetzt – Seit 1921 als Wohnungsuchender eingetragen

Aufsehenerregender Vorfall spielte sich gestern vormittag in der Stegliter Straße 72 ab. Hier bewohnt im 1. Stock des Gartenhauses ein Bankbeamter mit seiner Frau und vier Jahre alten Kinde eine kleine Stube. In dieser Schlafen die drei Personen, während die Frau noch gezwungen ist diesem Raum das Essen zu kochen. Ihres bescheidenen und ruhigen Verhaltens wegen erfreuten sich der Bankbeamte und seine Frau, die etwa ein Jahr in dieser Stube wohnen, bei den übrigen Mietern des Hauses großer Beliebtheit.

Gestern vormittag erschienen plötzlich in dem Hause zwei Beamte des Wohnungsamts Tiergarten und zwei uniformierten Beamten der Schutzpolizei und verlangten Einlaß in die Wohnstube des Bankbeamten.

Auf wiederholtes Klopfen von den Inhabern nicht geöffnet wurde ein Schlosser hinzugerufen, der die Eingangstür öffnen sollte. Da es nicht gelang, das Schloß frei zu machen, entschloß sich, gewaltsam die Tür zu erbrechen. Als dies geschah, trat den Beamten der Wohnungsinhaber entgegen und verlangte das Eindringen der Beamten zu verhindern. Die herbeigerufenen Polizeibeamten nahmen den Bankbeamten fest und führten ihn nach dem zuständigen Polizeirevier. Unterdessen hatten die Beamten des Wohnungsamtes in Gegenwart der weinenden Mutter des kleinen Kindes die wenigen Einrichtungsgegenstände und Möbel vor dem Hause haltenden Möbelwagen verladen lassen auf Wunsch der Frau zu Verwandten nach der Bendlerstraße zu fahren. Nach diesem Vorgang wurde die Wohnstube von der Behörde amtlich geschlossen. Dieser Vorfall hatte im Hause und in der Umgegend große Erregung hervorgerufen, so daß es zu großen Ansammlungen kam.

Hierzu wird uns auf unsere Anfrage vom Wohnungsamt Tiergarten zu diesem sonderbaren Vorfall folgendes mitgeteilt: Es ist zutreffend, daß der Bankbeamte im Hause Stegliter Straße 72 zwangsweise aus einer Wohnstube, die er mit seiner Frau und einem Kinde unberechtigterweise bezogen hatte, entfernt worden ist. Da er den Beamten des Wohnungsamtes Widerstand entgegenbrachte, so mußte bei der Räumung polizeiliche Hilfe in Anspruch genommen werden.

Der betreffende Bankbeamte ist seit Dezember 1921 als Wohnungsuchender in den amtlichen Listen eingetragen, konnte aber bei der Zuteilung von Wohnungen noch nicht berücksichtigt werden, da gegenwärtig erst die Eintragungen von 1920 berücksichtigt werden.

Auf eine Beschwerde des Bankbeamten an den Ausschuß des Wohnungsamtes wurde die Zwangsräumung festgesetzt, die auch vom Landgericht bestätigt wurde.

Es muß trotzdem als ganz besondere Härte angesehen werden, wenn die Wohnungsämter in derartiger schroffer Weise gegen einen Wohnungsberechtigten, der bereits über drei Jahre in den Listen des Wohnungsamtes eingetragen ist, vorgehen. Hier wäre es am Platze, etwas mehr Entgegenkommen den Wohnungsuchenden zu erweisen und ihnen das Verweilen in einer kleinen Wohnstube bis zu einer endgültigen Zuteilung einer Wohnung zu gestatten. Der Fall ist so kraß, daß eine weitere Aufklärung geboten ist.

Der Thüringer Lustmörder

Einen weiteren Mord eingestanden

Meiningen, 24. Juni.

Der Lustmörder an der Rosa Reif aus Grub, Chemiker Michael Popp, hat im Gefängnis auch den Lustmord an der 19jährigen Porzellanarbeiterin Alma Söllner aus Steinach eingestanden.

Bis zum „heulenden Elend"

Auch eine Hindenburg-Feier

Hamburg, 24. Juni. (Privat.)

Der Postschaffner Wassilewski war über die Wahl Hindenburgs so begeistert, daß er sich, nach Auslagen der Zeugen, so betrank, daß er später wie „das heulende Elend zu Bette lag". Das wußten andere Zechgenossen gehörig auszunutzen. Einer von ihnen schlug Wassilewski vor, die Jubelfeier am folgenden Tage gehörig fortzusetzen und wußte dann finanzielle Bedenken durch die Vorlage eines gefälschten Schecksformulars zu zerstreuen. Wassilewski zeichnete vergnügt 1200 Mark und unterfertigte mit dem Namen einer ihm bekannten Firma. Die erfreuten Genossen eilten damit zur Bank und der Scheck wurde tatsächlich eingelöst. Der Schwindel wurde jedoch kurz danach entdeckt. Die Gerichte hatten das Nachwort, wobei Wassilewski behauptete, die Ausstellung des Formulars in scherzhafter Absicht vorgenommen zu haben. Zudem habe er noch unter der Einwirkung des Alkohols gestanden. Mit sechs Monaten Gefängnis muß Wassilewski mit Genossen diese Folgen seiner Hindenburg-Feier bezahlen.

Den Sohn niedergestochen

Die Wahnsinnstat einer Mutter

Einen eigenen Sohn versuch' gestern Nachmittag die 59 Jahre alte Schutzmannswitwe Franziska Holzmann am Ostbahnhof 9 zu stechen. Die Frau hat zwei Söhne und lebte mit ihnen zusammen und in auskömmlichen Verhältnissen. Seit längerer Zeit aber trug sie Spuren von Tiefsinn und äußerte wiederholt, daß sie das Leben nehmen wolle, wenn die Söhne damit einverstanden wären. Diese versuchten, die Mutter von dem unseligen Gedanken abzubringen. Gestern Nachmittag war der eine Sohn auf seiner Arbeit, der andere, der 21 Jahre alte Kurt, der in einem Betriebe in Arbeit hat, war zu Hause. Um sich auszuruhen, hatte er sich gegen Mittags schlafen gelegt. **Da stieß ihm die Mutter ein Dolch in die Brust**, in der Absicht, sich dann selbst das Leben zu nehmen. Als sie aber sah, daß sie angerichtet, gab sie den Gedanken auf, ging zur Wache des Reviers und machte Anzeige. Während man sie auf der Wache behielt, begaben sich mehrere Beamte nach der Wohnung. Hier fand sich der junge Mann aus dem Bett erhoben und mühsam nach der Küche geschleppt. Dort war er zusammengebrochen.

Schwer verletzt wurde er noch dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Die Frau wird voraussichtlich heute in eine Irrenanstalt gebracht werden.

Noch einem Wortwechsel mit seiner Frau gab der Schornsteinfegermeister Heinrich H. aus der Unionstraße aus seinem Jagdgewehr mehrere Schüsse auf seine Frau ab, die sich im Nebenzimmer eingeschlossen hatte. Sie wurde nicht verletzt.

Stadtältester Kalisch †. Der Berliner Stadtälteste, Stadtrat a. D. Leopold Kalisch, ist nach längerer Krankheit im Alter von 77 Jahren gestorben. Kalisch wurde 1901 zum unbesoldeten Stadtrat gewählt und in sein Amt eingeführt, das er dann bis zum 13. November 1919 bekleidete.

„Nur aus Sammelwut"

Münzverbrecher

„Ich habe das Geld nur aus Sammelwut an mir gebracht", so behauptete gestern vor dem Schöffengericht Mitte der Mechaniker Willy Lewerenz.

Der Angeklagte war im vorigen Jahre aus dem Zuchthaus Naugardt entwichen, um „sein Lungenleiden durch einen Facharzt kurieren zu lassen". Er kam nach Stettin und lebte hier mit seinem Bruder vom Photographieren. Eines Tages sah er in einem Lokal wie ein ehrr Dreimarkstücke wechselte. Wie seine Bitte überließ ihm der Herr zehn Stück. Bald darauf ging er mit seinem Bruder nach Berlin. Hier geriet er in Not und mußte nun das Geld angreifen. Er ging deshalb in ein Zigarettengeschäft. Bei der Bezahlung fiel ein Dreimarkstück auf den Boden, und da es einen merkwürdigen Klang hatte, verweigerte die Verkäuferin die Annahme. Das Geld war falsch. Trotzdem versuchte Lewerenz, das übrige Geld umzusetzen. Er wurde aber bald abgefaßt, und gestern erhielt er 1½ Jahre Zuchthaus.

*

Vor demselben Gericht hatte sich der Mechaniker Wendt wegen Münzverbrechens zu verantworten. Er hatte einen alten Millionenschein in einen Billionenschein umgeändert. Damit ging er zur Reichsbank, um einmal die Banken zu „foppen", denn der Schein sei doch ganz grob nachgemacht gewesen. Das Gericht glaubte ihm und sprach ihn frei.

Schwankend

Obwohl ungünstige Berichte über die Lage des Ruhrkohlenbergbaues vorlagen, wurden im Vormittagsverkehr höhere Kurse als am Dienstag genannt. Die festere Haltung war in erste Linie auf die Meldung über den Beschluss des Pariser Ministerrats zur Räumung des Ruhrgebietes zurückzuführen. Die Spekulation hielt es heute für angezeigt, Deckungen vorzunehmen, so dass die Börse auch zu Beginn des offiziellen Verkehrs ein ziemlich freundliches Aussehen hatte. Das Geschäft war sehr klein und wickelte sich im wesentlichen innerhalb der berufsmässigen Spekulation ab, während bei den Banken und den Bankfirmen nur sehr wenige Aufträge vorlagen.

Devisen- und Banknotenkurse.

Bankdiskont.		24. 6. Geld	24. 6. Brief	23. 6. Geld	23. 6. Brief	24. 6. Geld	24. 6. Brief	23. 6. Geld	23. 6. Brief
		Devisen				Banknoten			
9	Deutschland								
4	100 Holland	168,26	168,65	168,31	168,73	167,85	168,69	168,00	168,64
7	100 Dänem.	81,95	82,15	81,42	81,62	81,84	82,26	81,30	81,70
5½	100 Schwed.	112,24	112,52	112,20	112,48	111,52	112,48	111,5..	112,48
6	100 Norweg.	72,46	72,64	71,64	71,82	72,42	72,78	71,55	71,91
9	100 Finnland	10,565	10,605	10,565	10,605	10,51	10,57		
4	100 Schweiz	81,45	81,65	81,46	81,66	81,52	81,92	81,52	81,92
—	1 Argentinien	1,687	1,691	1,679	1,683			1,66	1,68
11	100 U.-Lest.	59,057	59,197	59,057	59,197	59,11	59,41	59,11	59,41
11	100 Ungarn	5,895	5,915	5,895	5,915	5,84	5,88	5,86	5,90
7	100 Tsch.-Sl.	12,433	12,473	12,413	12,473	12,415	12,475	12,415	12,475
5	100 Spanien	60,53	61,11	60,87	61,03	60,75	61,05	60,69	60,99
3½	1 Amerika	4,195	4,205	4,195	4,205	4,18	4,23	4,179	4,199
5½	100 Belgien	19,37	19,47	19,55	19,59	19,27	19,47	19,45	19,55
5	1 England	20,386	20,438	20,388	20,44	20,357	20,457	20,35	20,45
7	100 Frankr.	19,53	19,57	19,72	19,76	19,52	19,62	19,78	19,78
7½	100 Italien	15,52	15,56	15,63	15,67	15,62	15,70	15,7.	15,84
10	100 Bulgar.	3,035	3,045	3,042	3,052	3,01	3,03	2,99	3,01
6	100 Rumän.								
7	100 Jugosl.	7,203	7,225	7,245	7,255	7,13	7,17	7,17	7,21
7½	1 Japan	1,698	1,702	1,703	1,707				
—	1 Brasilien	0,464	0,466	0,462	0,464				
9	100 Portugal	20,475	20,525	20,475	20,525				
9	100 Danzig	80,92	81,12	80,86	81,08	80,70	81,10	80,68	81,08
	Türkei	2,265	2,27 5	2,28	2,29				
8½	100 Griechld.	6,69	6,71	6,69	6,71				

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Noch wolkig, keine erheblichen Niederschläge mehr.

Verantwortliche Redakteure für Politik, Feuilleton und die Beilagen: L. V. Walter Golderi; für Groß-Berlin und den übrigen Teil des Blattes: Heinrich Heppenheimer; für den Inseratenteil: Paul Gräß; Heinrich Heppenheimer. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Kurszettel der Berliner Börse vom Mittwoch, den 24. Juni 1925.

Die mit einem • versehenen Papiere werden in Reichsmarkprozenten (d. h. in Reichsmark für 100 Reichsmark) notiert.

Fortlaufend notierte Werte (Ohne Gewähr.)

Verz. Werte	Fortlaufende Kurse	Einheits-Kurse heut	Einheits-Kurse vor.
Werte			
Werte		93,40	93,30
Werte		0,375	0,37
Werte	0,375	0,37	0,345
Werte	0,365		
Werte	0,34	0,35	0,33
Werte	0,325	0,310	0,315
Werte	0,41175	0,415	0,3925
Werte	0,550	0,55	0,58
Werte	0,5475	0,535	0,56
Werte	0,725	0,75	0,72
Werte		—	—
Werte		0,2625	0,27
Werte		0,65	0,725
Werte		—	0,45
Werte	0,55	0,57	0,545
Werte	0,575	0,57	0,57
Werte	0,64	0,565	0,565
Werte	0,66	0,68	0,65
Werte	0,067	0,64	0,62
Werte		—	—
Werte		0,067	0,065
Werte		—	—
Werte		39,00	38,00
Werte		36,00	37,00
Werte		—	—
Werte		—	—
Werte		7,10	7,10
Werte		1,37	—
Werte		10,30	10,30
Werte		0,7.	—
Werte		—	—
Werte		—	—
Werte		0,90	0,90
Werte		—	—
Werte		8,75	8,60
Werte		—	—
Werte		9,25	9,25
Werte		—	—
Werte		7,00	7,25
Werte		—	—
Werte		—	—
Werte		—	—
Werte		7,00	7,10
Werte		—	—
Werte		7,37	7,62
Werte		22,12	22,25
Werte		—	—
Werte		7,75	7,75
Werte		7,70	7,75
Werte		—	6,2.
Werte		—	6,30
Werte		—	0,95
Werte		—	—
Werte		—	—
Werte		—	18,50
Werte		9,50	9,50
Werte		3,50	—

Aktien.					
Elektr. Hochb. Schantung-Akt. 1-50	74,00		73,00	71,75
Osst. ung. St.	1,75		1,70	1,70
Baltim. Ohio	19,25		19,25	18,50
Canada 1 Dz.			58,90	56,25
Bezugsch.	35,00	35,87	35,87	35,00
Anat. Ste. 5.1			8,00	7,90
5.2			7,10	7,12
Lux. Pr. Her.			—	—
Westafr. Ex.			—	—
3% Mat. Gold			7,30	—
Stahlvertrag.			—	—
National abgest.			15,00	—
4% -....			—	13,75
4% -abg....			—	—
Dt.-Austr. Dampf...			61,25	—
*Hamburg-Amerika P.	54,50		55,25	53,50
*Hamburg-Südamer. D.	82,00	82,50	82,50	81,87
*Hansa Dampf	82,12		82,00	80,50
Kosmos ...			—	—
*Nordd. Lloyd	58,50	58,75	59,00	57,62
*Roland-Linien	85,24		86,00	87,00
*Stettl. Dampf	33,00		35,50	36,00
*Vereinigte Lübeck.	40,50		40,25	41,00
Bank für elektr. Werte	3,25	3,25	3,30	3,30
*Bank für Brau- ind. Bergb.	74,62		74,62	73,50
Barm. Bankv.	1,12	1,12	1,12	1,12
*Berl. Hyp. u. Wechsel			82,00	82,25
Bayerische Hyp. u. Wechsel	120,50		120,50	120,50
*Berl. Handels-Ges.			120,10	120,12
*Com.-u. Priv.	98,00		98,00	98,00
*Darmstädt. u. Nation.-B.	120,25	120,12	120,12	120,25
*Disch. Bank	120,25	120,25	120,25	120,00
*Disc.-Kom.	108,37	108,37	108,37	108,37
*Dresd. Bank	102,25	102,25	102,25	102,25
Gesamtkredit.			—	—
*Leipziger Kredit-Anst.			84,50	84,90
*Mitteldt. Bk.			97,00	97,00
Oesst. Kredit.	7,37		7,50	7,62
*Reichsbank	123,37	124,00	123,50	122,25
Rhein. Bank	5,37		5,37	5,3.
Schles. Bankv.	30,75		31,12	30,25
*Allgemeine Lokal- u. Kraftwerke	101,00		102,50	98,25
*Anhalt. Kohlen			60,25	59,50
*Bayerische Motoren	109,62		109,25	109,00
*Bergmann El.	93,50	2,75	94,00	91,50
*Berl. Gas	94,00		95,50	95,75
*Bochumer Ges.			79,50	—
*Brauerei Schultheiß	103,00		—	—
*Brown, Boveri			106,50	105,00
*Bubiag	117,00	117,25	118,25	116,75
*Buderus Eisenw.			89,00	89,10
*Calmon Asb.			—	—
*Charlottenb. Wasser	117,00		115,00	115,00
*Chem. Heyd.	70,50	71,00	70,62	70,50
*Cont. Caut.			43,00	44,00
*Daimler Mot.			—	—
Dess. Gas			—	—
Disch. Atl.			—	—
*Dt.-Lux. Bergwerk	69,75	70,00	70,00	69,00
*Dt. Erdöl	92,50	94,00	93,50	92,30
*Dt. Kabelwerk			64,10	64,12
Dt. Kalkwerk	24,25		24,25	24,00
*Dt.-Luxemburg	58,50	58,00	58,00	58,25
*Dt. Werke			70,50	0,50
*Dt. Wollkämm.	59,00		59,75	57,50
*Deutscher Eisenhandel	47,25		47,00	45,75
Dyn. Nobel	77,75		78,00	76,50
*Eisenb.-V.-W.	77,00	77,50	76,75	80,00
*Elbert. Frb.	109,12	109,87	109,50	108,62
*Elles Verzg.		88,00	78,50	77,25
*Elektr. Licht u. Kraft	96,75	96,00	96,75	96,00
*Essen Stnk.	78,00		77,00	73,75
Fahlb. Lr.			53,12	53,50
Feldm. Papf.	69,50		69,75	69,00
*Felt & Guill.		120,00	118,50	122,00
Gesankirch. Bergw.	58,50	58,00	58,50	58,00
Ges. f. elektr. Unternehm.	109,75	110,75	110,75	106,50
*Th. Goldschm.	83,12		83,25	82,90
*Görl. Wagg.			42,00	42,00
*Gothaer Wg.	42,00		40,75	40,00
*Hackethal Draht			58,25	59,00
*Hammersen	19,25	19,37	19,37	19,37
Hann. Wagg.			—	4,12
*Hansa-Lloyd	66,40		66,00	65,00
*Harpener Bergb.	109,37	110,00	109,25	108,62
Hild & Frank	0,475		0,45	0,50
*Hirsch, Kupfer			96,50	97,50
*Hochtief, Frb.			109,25	108,62
*Ichenhäuser	98,00		99,25	98,00
Jenbacher Wk.	16,25		16,00	16,75
*Kattowitzer	62,00		62,00	60,75
*Kaufm. A.			47,75	47,00
*Klöckner-Werke	97,00		96,12	96,75
*Königshütte			68,00	69,00
*Laurahütte	23,60		23,50	22,87
*Lindenmaier			—	—
*Linke-Hofmann-Werke	12,90	13,25	13,00	12,60
*Lot. Leowe			—	—
*Mannesmann R.	44,00		43,25	43,00
*Mansfeld Bergb.			—	—
Dr. P. Meyer			—	—
*Mot. Deutz	16,75		16,50	17,00
*Nat. Autom.			0,35	0,35
*Norddtsch. Hütte			74,00	71,50
Nolkamm.	68,00		68,00	67,50
*Oberschles. Eisenbahn-Bed.	73,25	74,00	74,00	71,50
*Eisen-Industrie	85,00		85,60	84,25
Carg-Hütte				
*Osnabrücker Kupfer u. Draht	79,00	78,50	78,75	78,25
*Phönix Bergb.	92,00	91,75	92,60	90,70
*Rheinische Elektr.	26,87		45,60	45,00
*Rheinische Stahlwerke			77,40	76,50
Rheinmühlen			—	—
*Rütgerswerke	118,00	119,25	119,50	117,50
*Salzdetfurth	36,50	37,12	37,00	36,00
*Salzwerk Heilbronn	72,00	73,00	73,00	70,25
*Schles. Bergbau			62,00	61,00
*Schles. Gas u. Coks			—	—
*Schles. Portland-Zement			—	—
*Schles. Textilwerke			—	—
*Schuckert & Co.	59,75	60,25	60,00	59,37
*Siegener Gußstahl	42,25		42,50	42,25
*Siemens & Halske	79,00	79,25	79,25	79,75
*Stett. Vulkan			45,25	45,87
*Stöhr, Kleinw.	76,50	75,00	74,50	76,75
*Stolberger Zink	36,25		36,25	36,25
*Tel. Berlin			113,25	110,00
*Thür. Lieferg.	56,00		56,50	54,12
*Leonh. Tietz	52,00		56,75	51,75
Transradio	68,00	68,12	68,00	67,50
Türk. Tabak			73,50	73,10
*Union Gas			—	—
*Vereinigte Berl. Mörtelwerke			37,75	37,60
*Vereinigte Elektr. Werke			50,10	50,10
*Vogtländ. Maschinen			62,10	61,00
*Voigt & Häffner			78,00	75,00
*Weser Schiffbau			48,00	—
*Westeregeln A.	16,25		16,12	16,00
*A. Wolff			42,00	41,50
Zellst. Waldh.	9,80	9,62	9,62	9,37
*Zimmermann	27,25		27,00	27,50
Otavi Min.	26,25		26,25	26,25

* In Goldprozenten.
† In Mark pro Stück.

Kolonialwerte.

†Otavimunen Sh.	18,125
Südw.-Phos.	43,00—43,50
Siemen ...	4,00—4,50
†Kaiserr. Sh.	207,50—210,00
Pomona ...	—
Kaoko ...	3,25

Kaliwerte.

*Aller Kali	83,00—85,00
Leinhe ...	2,00
*Salz Kali	95,00
Hannover Kali	9,75—10,25
Heldburg Kali	—
Heldb. Vz.-A.	40,00—41,00
*Krügershall	86,00—87,00
*Kaliwerke	66,00
Rennenberg	—
Steinfurt	8,00—9,00
Ummend. Kali	0,40—0,45
*Wintershall	53,00

Petroleumwerte.

Ap. ...	0,40 0,50
*D Petroleum	66,00
do ...	—

Industriewerte.

Aafa ...	—
Adler-Kohle	4,625 4,75
Becker Kohle	4,75—5,00
Becker Stahl	0,75 0,80
Benn Motoren	3,25—3,50

Unnotierte Werte zwischen ½12 u. 2 Uhr

Heutige Kurse

Brown, Bov.	
Mannheim	57,00—59,00
Chem. u. Chem. Ind.	—
Harlettenb.	—
Nesr.-Verr.	—
Deutsche Fraserstar	0,16 0,20
*Deutsche Lastauto	70,00
Dux-Auto	2,00
Dux Porzell.	35,00
Eilenburger	0,40
Fraureuth. Pz.	45,00
Fraster & Hassmann	—
Gebreide Cm.	—
Glückauf	—
*Halle Kali	1,00
Grade-Auto	0,07—0,08
Grade-Motor	—
Großkraft.	—
Hanf Frank.	7,125—7,25
*Gummiw. Elb.	—
*Hochtreppe.	77,00—78,00
Maschinen	25,00—30,00
Holzstoff Holzminden	—
Glas	—
O. L. Hänlich	—
Spritf.	—
*Kamelhaarwolle	121,00—123,00
Koch Schiffswerft	—
*Kunstseide.	—
Lauchhammer	—
*Lauch & Nüp.	46,00—48,00
Mannh. Zigar.	—
Meyer Berlin	0,04—0,06
Nicolai Fab. Manufaktur	—
*Nordd. Gummi	36,00—38,00
Nordd. Union	—
Nordd. Wolle	—
Lemmerzw.	—
*Dahl. Bergb.	127,00—129,00
*Deynhausen	—
Maschinen	40,00
Glas	—
Onnetalle	—
Osnabr.-Film	—
*Pfälzis Zahn	—
Posa Leder	0,175—0,225
*Rheinw. Sthl.	—
J. Roth Eisengiesserei	—
Sächs. Gußst.	—
*Schebera	44,00 46,00
Schmirgelwk.	—
*Schwerdtfg.	—
*Vel. Stahl	37,00
Stahlw. Krone	—
Stahlw. Lesse	—
*Stoewer w.	74,00 76,00
*Strauss Glas	87,00
Terra Film	0,225
*Thermos	—
Thüringer Uhr	0,14
Triptr Walzwk.	—
*Ufa	74,00—74,50
Var. Eisenh.	—
Maschin.	—
Vera Film	0,11—0,125
*Ver. Chemf.	56,50—57,50
Westf. Bergb.	2,75—3,00
Winkelhaus.	—
Cregmer	—
*Zahlenr. Wer	—

Einheits-Kurse

Ohne Gewähr.

Deutsche Staatsanleihen.

	heut.	vor.
6 Dtsch. Wertb. Anl. 23 (ausl. 32 (10-1000 $)	91,75	91,75
Dt. Wertbeständ. Anl. fall. 2.9. 35 (1/10-5 $)	100,00	100,00
6 - fall. 2.9.35 (10-100 $)	90,25	90,25
2-5 Dt. Reichsschatz-Anl. „K" 1923 Aus. (1/1-)	64,00	64,00
8-15 - Reichsschatz „K" 1923 Aus. (1/1-)	0,316	0,315
8-15 - 1924 Ausg. Ia. (1/7)	0,38	0,30
22 (August 1/1)	31,00	31,50
4-Schutzgb. A.	5,85	5,85
3½-Spar-Prämien	0,295	0,24
4 Anhlt. Staats-Anleihe 19	0,70	0,75
4 Baden 1901	—	—
4 - 1908/09	—	—
11/12, 13, 14	0,59	0,64
4 - - 1919	0,23	0,21
3½ - 1880	0,56	0,52
3½ - 1907 04	0,56	0,52
4½ Bremer Anl. 1923 1923	—	—
Schaub. St. Rt. 4½ - 1919 B.	1,80	1,94
4½ - 50000 M.	0,21	0,22
100000 M	0,067	0,065
4½-500000 M	0,067	0,065
4 - - 1900	—	—
4 Dtsch. Stadtanl. 4 Mdl. Stadtanl. 1919	0,23	0,21
3½ - 1890, 94	—	—
2½ - 1901, 05	—	—
3 Sachs. St. A.	0,57	0,545
4 Wrtt. S. 6, 20	0,6.	0,60

Deutsche Pfandbriefe.

	heut.	vor.
5% Calenberg. Kredit D. P.	—	—
3% Kur- u. Neumärk. alte	—	—
3% - neue	—	—
4% - Kom.-Obl.	4,50	4,50
4, 3½, 3 - abgr.	—	—
4% Preuß. Ldkr.	14,50	14,85
3 - -	14,50	14,85
4 Sächs., alte	9,00	9,50
3½ - alte	9,00	9,50
4 Schles. altld.	—	—
4 - neuab. A	12,00	12,30
4 - - C	12,00	12,30
4 - - D	12,00	12,30
3½ - altld.	—	—
5 Berliner	—	—
4% Berliner	—	—
4 - alte	—	—
4 - neue	0,18	—
3½ - alte	—	—
3½ - neue	—	—
5 - neue	—	—